

RÜSTUNGSREPORT 2021

Auch die Gesetze wollen geschmiedet sein

Im Jahr 2020 erreichte der Export von Kriegsmaterial ein Allzeithoch. Und das dürfte so weitergehen: Die Rüstungsfirmen haben erfolgreich lobbyiert.

VON JAN JIRÁT, LORENZ NAEGELI UND KASPAR SURBER

Das Geschäft floriert wie nie. Was in Zeiten der Pandemie kaum eine Branche von sich sagen kann, gilt zumindest für die Schweizer Rüstungsindustrie. Die Exporte von Kriegsmaterial sind so hoch wie noch nie seit dem Ende des Kalten Krieges: Für rund 900 Millionen Franken wurden 2020 Waffen ins Ausland verkauft. 2019 waren es noch 730 Millionen gewesen, 2018 erst 510. Wie immer stellt sich bei der abstrakten Gesamtsumme, die das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) als Kontrollbehörde publiziert hat, die Frage: Welche Firma hat konkret vom Geschäft mit dem Krieg profitiert? Oder um es mit dem guten Rat von Bertolt Brecht aus seiner «Kriegsfiabel» zu sagen: «Die dunklen Mächte, Frau, die dich da schinden, sie haben Name, Anschrift und Gesicht.»

Die Rheinmetall Air Defence hat es einmal mehr an die Spitze der Exporteure geschafft.

Wie schon letztes Jahr hat die WOZ ein Öffentlichkeitsgesuch gestellt, um die Namen der Rüstungsexportureure zu erfahren. Zudem wurde die Website rüstungsreport.ch zu einer Rechercheplattform umgebaut. Neu finden sich dort die Profile von mehr als hundert Firmen, die in den Jahren 2015 bis 2020 Rüstungsgüter exportiert haben. Damit ist auch ein Vergleich über die Jahre möglich. Dieser zeigt: Das Rüstungsgeschäft in der Schweiz wird letztlich von drei grossen Firmen beherrscht, von Rheinmetall, Panzerbauer Mowag und Flugzeughersteller Pilatus. Immer wichtiger werden aber auch Unternehmen, die Überwachungstechnologie produzieren und dafür auch gerne die Grenzen des Gesetzes ritzen. Hier die Übersicht mit den wichtigsten Erkenntnissen für das Jahr 2020.

1. Bührles Erbe

Wenn am 9. Oktober das Kunsthaus Zürich seinen Erweiterungsbau feiert, soll Emil Georg Bührle endlich Geschichte sein. Seine Sammlung mit Gemälden, die er mit der Waffenlieferung an das NS-Regime finanzierte, wird im besten Licht erstrahlen. Was im rot-grünen Zürich gerne vergessen geht: Die Waffenproduktion findet auch in der Gegenwart statt. Die Rheinmetall Air Defence, die Nachfolgefirma von Bührles Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon, hat es 2020 einmal mehr an die Spitze der Waffensexportureure geschafft. Wie einst Bührle mit seinen 20-mm-Kanonen ist auch die Rheinmetall in der Flugabwehr tätig. Die

Produkte heissen heute Skyshield, Skynex oder Millennium Gun. Die Firma verfügt über Ausfuhrbewilligungen in der Höhe von 1,2 Milliarden Franken – so viele erhielt im Jahr 2020 keine andere Firma in der Schweiz.

Die Summe der Bewilligungen liegt zwar bei allen Firmen höher als die tatsächlich erfolgten Exporte, weil längst nicht alle Rüstungsgeschäfte realisiert werden können. Doch die Rheinmetall konnte im letzten Jahr durchaus ihre Grosslieferungen tätigen, so für über 60 Millionen Franken nach Indonesien. Als Käufer für das Skyshield-System trat Verteidigungsminister Prabowo Subianto auf, wie die WOZ vor der Abstimmung über ein Freihandelsabkommen mit dem südostasiatischen Inselstaat enthüllte. Der Exgeneral war in der Militärdiktatur für Massenmorde und Folterungen verantwortlich. Wie mit Indonesien unterhält Rheinmetall auch mit Brasilien eine langjährige Partnerschaft. 2020

ging erneut ein grosserer Export im Umfang von 30 Millionen Franken an den dortigen Rüstungskonzern Avibras: Feuerleitsysteme aus Zürich werden in das Artilleriesystem Astros eingebaut. Dieses tauchte auch schon im Jemenkrieg auf.

Auf Platz zwei der grössten Rüstungsexportureure landete der Thurgauer Panzerbauer Mowag. Die Tochterfirma des US-Rüstungskonzerns General Dynamics verfügt über Exportbewilligungen von rund einer Milliarde Franken. Für 85 Millionen wurden Radschützenpanzer des Typs Piranha nach Botswana im südlichen Afrika geliefert. Die Republik setzte bereits früher auf Mowag-Panzer und Rumänien: Für 154 Millionen wurden Radschützenpanzer und Patrouillenfahrzeuge an die dänische Beschaffungsbehörde geliefert, für 58 Millionen fand ein Know-how-Transfer nach Rumänien statt. Vor Ort sollen mehr als 200 Piranha-Panzer produziert werden.

2. Der Munitionsboom

«95 von 100 Kriegsopfern sind Kleinwaffentoten», sagt der renommierte Rüstungsexperte Jürgen Grasslin. Das aktuellste Beispiel solch tödlicher Kleinwaffengewalt zeigt sich in Afghanistan, wo die Taliban mit genau solchen Waffen

rinnen, Journalisten und NGOs ausgebaut. Darauf finden sich nun sämtliche bewilligten Rüstungsexporte aus den Jahren von 2015 bis 2020, die ein Volumen von 100 000 Franken übersteigen. Auf einer Landkarte werden mehr als hundert Firmen mit ihrer Tätigkeit verortet. Zudem machen wir sämtliche Quellenenden öffentlich. Wer gerne eine Einführung ins Rüstungsbusiness erhalten möchte, kann sich am kommenden Mittwoch, 25. August, um 20 Uhr auf der Website einloggen. Dann findet ein Webinar für interessierte LeserInnen statt.

Vorerst ist eine jährliche Aktualisierung des Rüstungsreports geplant. Die Öffentlichkeitsgesuche und der Aufbau der Website waren dank der finanziellen Unterstützung des ProWOZ-Recherchefonds sowie eines Legats des Journalisten Jürg Frischknecht möglich. **KS**



ILLUSTRATION: MARCEL BARMER

das Land erobert haben. Wer mit Kleinwaffen kämpft, braucht auch die entsprechende Munition. Und hier spielt die Schweiz bei der Produktion eine wichtige Rolle. Hinter den Panzer- und Landfahrzeugen mit einem Volumen von 340 Millionen Franken war die Munition mit rund 200 Millionen das wichtigste Exportgut. Schweizer Munition landete vor allem bei Nato-Staaten, insbesondere in Deutschland (knapp 55 Millionen Franken). Weitere umfangreiche Munitionslieferungen gingen an die Niederlande, Frankreich, Italien, Estland oder Norwegen.

Besonders zwei Firmen profitieren von der hohen Nachfrage nach Schweizer Munition: einerseits die RWM Schweiz AG aus Zürich, die auf mittelkalibrige Munition für Heer, Marine, Luftwaffe und Flugabwehr spezialisiert ist (auch sie gehört dem deutschen Waffenkonzern Rheinmetall); andererseits zählt die Ruag Amotec AG zu den GewinnerInnen, gemäss SVP-Bundesrat Ueli Maurer ist sie gar «die Marktführerin für Kleinkalibermunition» in Europa. Trotzdem will der Bund als Eigner die Ruag Amotec so rasch wie möglich verkaufen. Gemäss Medienberichten gibt es einen sehr motivierten Interessenten: Rheinmetall.

Besonders ins Auge sticht die Ausfuhr von Munition im Umfang von 23,5 Millionen Franken in den Oman – und damit in eine absolutistische Monarchie im konfliktbeladenen Nahen Osten mit eingeschränkter Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Von welcher Firma die Munition geliefert wurde, bleibt unklar. Auf mehrmalige Nachfrage konkretisierte das Seco, dass es sich um Kaliber von 20 bis 27 mm für Geschütze von Landfahrzeugen, Luftfahrzeugen und Schiffen handelte. Und es bestätigte immerhin, dass das Sultanat auch der Endempfänger sei und eine Nichtwiederausfuhrerklärung bestehe. Die Munition darf demnach nicht weiterverkauft werden.

3. Lobbyismus mit Pilatus

Er inszeniert sich gerne hemdsärmelig als Bauer und Jäger, doch Oscar Schwenk hat vierzig Jahre lang als Ingenieur geschickt den Ausbau von Flugzeughersteller Pilatus in Stans geprägt. «Mein grösster Misserfolg ist vielleicht, dass es mir nicht gelungen ist, dem Bund, also in Bern, klarzumachen, dass sie dort eine saubere Meinung haben vom Werkplatz Schweiz und dennoch oft auf Pilatus rumgehakt haben», sagte Schwenk diesen Sommer im Abschiedsinter-

view als CEO und VR-Präsident in der «Handelszeitung». Selbstverständlich ist das eine grobe Untertreibung: Kein Unternehmen hat so erfolgreich in eigener Sache lobbyiert wie Pilatus.

Für den Export von Trainingsflugzeugen wurde mit der «Lex Pilatus» einst eine separate Exportkategorie geschaffen, die der «besonderen militärischen Gütern». Dabei handelt es sich um Rüstungsprodukte, die nicht im Gefecht zum Einsatz kommen dürfen. Im Gegensatz zum Kriegsmaterial stagnieren hier zwar die Exportzahlen. Das liegt aber vor allem daran, dass insbesondere Pilatus über Generalausfuhrbewilligungen verfügt, mit denen die Firma ohne Kontrolle exportieren darf – unter anderem nach Saudi-Arabien, in die Vereinigten Arabischen Emirate oder Katar. Die Golfstaaten bilden eine Rüstungsdrehscheibe für den Nahen Osten.

Auch 2020 hat Pilatus eifrig in Bern lobbyiert: Das Aussendeparlament hatte es dem Unternehmen verboten, Wartungsarbeiten an Trainingsflugzeugen in Saudi-Arabien zu leisten. Diese fielen unter das Söldnergesetz. Das Bundesverwaltungsgericht kassierte den Entscheid aus formalen Gründen. Mittlerweile sind die Wartungsarbeiten konform mit dem Gesetz. Nicht weil sich in Saudi-Arabien die politische Situation verändert hätte, sondern weil dank Pilatus-Lobbyisten wie dem Nidwaldner FDP-Ständerat Hans Wicki im Parlament das Gesetz flugs mit einer Ausnahmebestimmung versehen wurde.

Auffällig ist: Nicht nur die grossen drei im Schweizer Rüstungsbusiness schmieden sich ihre Gesetze selber. Auch kleine Firmen, insbesondere im Bereich der Überwachungstechnologie, loten ihren Spielraum aus: So ging die Bülacher Firma Wavcom 2017 bis vor Bundesverwaltungsgericht, weil sie Software an den türkischen Geheimdienst liefern wollte. Sie verlor allerdings. Eine Firma wehrte sich noch 2020 gegen Transparenz: Die Zürcher Firma Neosoft AG, die sogenannte Imsi-Catcher zur Identifikation von HandynutzerInnen herstellt, möchte vor dem Bundesverwaltungsgericht verhindern, dass ihre Exportbewilligungen publik werden. Das Verfahren ist noch hängig.

Das zeigt dreierlei: Kontrolle ist gut, Transparenz ist besser. Am besten aber sind möglichst strenge Waffenausfuhrgesetze. Letztlich entscheidet nicht die Kontrollbehörde Seco über das Ausmass der Schweizer Rüstungsexporte. Dafür ist die Politik verantwortlich.

GLOBALER WAFFENHANDEL

«Transparenz ist die effektivste Waffe»

Der in London lebende Rüstungsexperte Andrew Feinstein ordnet die Rolle der Schweiz im globalen Waffenhandel ein. Und er warnt vor dem Kauf des Kampffjets F-35: Dieser sei ein völlig dysfunktionales Flugzeug.

INTERVIEW: JAN JIRÁT

WOZ: Andrew Feinstein, seit zwei Jahrzehnten untersuchen Sie den globalen Waffen- und Rüstungshandel. Wann und wie sind Sie bei Ihren Nachforschungen erstmals über die Schweiz gestolpert?

Andrew Feinstein: Die Schweiz tauchte gleich bei meiner allerersten Untersuchung auf dem Radar auf. Ende der neunziger Jahre war ich in Südafrika Parlamentsabgeordneter für den ANC. Ich habe damals aus unmittelbarer Nähe mitbekommen, wie meine eigene Regierung einen milliarden schweren, von Korruption überschatteten Deal für Kampfflugzeuge abschloss, die das Land in keiner Weise brauchte. In einer parlamentarischen Kommission habe ich diesen Deal zwischen der südafrikanischen Regierung und mehreren europäischen Firmen und Ländern, allen voran British Aerospace, genauer untersucht. Und tauchte die Schweiz auf zwei verschiedene Arten prominent auf: erstens und wenig überraschend in Form von Bankkonten und der Beteiligung von Schweizer Finanzinstituten im Zusammenhang mit der Geldwäsche von Schmiergeldzahlungen an südafrikanische Funktionäre und Politiker. Insgesamt sind damals über 300 Millionen US-Dollar an Schmiergeldern geflossen.

Und zweitens?

Durch Mittelsmänner und -firmen. Diese organisieren die Schmiergeldzahlungen an Politiker, Militärbeamte, Funktionäre und Firmenvertreter. Einige dieser Mittelsmänner und -firmen waren in Zug gemeldet. Ein Ort, der mir zuvor gänzlich unbekannt war. Ich fand dann heraus, dass die Rahmenbedingungen in Zug sehr angenehm waren für solche Leute: hoher Lebensstandard, kurze Wege, Diskretion und eine Gesetzgebung, die den Geldfluss nicht behindert.

Können Sie uns die Namen dieser Personen und Firmen aus Zug nennen?

Nein, leider nicht. Es sind teilweise wichtige Informanten von mir, denen ich Quellen-schutz versprochen habe. Nur unter dieser Bedingung haben sie überhaupt mit mir gesprochen. Ein notorischer Schweizer Waffenhändler ist aber Heinrich Thomet. Er war mutmasslich als Mittelsmann in einem der aufsehenerregendsten Korruptionsskandale der letzten Jahre involviert, als ein US-Unternehmen versuchte, Munition aus albanischen Beständen nach Afghanistan zu verschieben. Thomet gründete Anfang der neunziger Jahre eine kleine Waf-

fenfirma mit Karl Brügger im Berner Oberland, die anfangs Schalldämpfer produzierte. Heute ist die Firma – mittlerweile ohne Thomet – als B&T AG etabliert und wickelt jährlich Waffenexporte in Millionenhöhe ab.

Ist Zug noch immer ein wichtiger Ort für Waffenhändler und Mittelsmänner?

Nach meiner Erfahrung hat sich das ein wenig geändert. Einige der Händler, die ich nachverfolgt habe, sind mittlerweile nach Mittel- und Osteuropa weitergezogen. Ein Waffenhändler, den ich einst in Zug getroffen habe, ist in Osteuropa Teil eines kriminellen Rings, der auch im Drogen-, Menschen- und Organhandel tätig ist. Inzwischen werden übrigens auch gewisse Finanzströme nicht mehr über die Schweiz abgewickelt, gerade wenn es um illegale Geldflüsse geht, da stehen nun eher Dubai oder Zypern im Zentrum. Aber noch immer fliessen wesentliche Finanzströme des globalen Waffenhandels durch und in die Schweiz.

Spielt die Schweiz auch abseits vom Geld eine Rolle im globalen Rüstungshandel?

Auf jeden Fall. Bei meinen Recherchen habe ich realisiert, dass die Schweiz eine nicht unwesentliche Rolle als Rüstungsexportnation spielt. Ich muss gestehen, dass mich das durchaus irritiert hat. In meiner Wahrnehmung war die Schweiz ein politisch neutrales Land, eine Hüterin der Humanität. In der Realität beliefiert das Land repressive und kriegstreibende Regimes wie zum Beispiel Saudi-Arabien mit Rüstungsgütern. Klarerweise stechen die grossen Firmen hervor, die ganze Waffensysteme liefern. Ihre Produkte sind viel sicht- und nachverfolgbarer als Kleinwaffen, Munition oder Produktbestandteile. Ich bin immer wieder auf die militärischen Trainingsflugzeuge von Pilatus oder die Piranha-Panzer von Mowag gestossen.

Auf Englisch heisst Ihr Standardwerk über den globalen Waffenhandel «The Shadow World», Schattenwelt. Sie beleuchten die dunklen Seiten des Waffenhandels. Wir haben uns vor allem mit Schweizer Rüstungsfirmen auseinandergesetzt, die eine offizielle Exportbewilligung erhalten haben. Es geht um «defence», also um Verteidigung, um die Sicherheit. Das Rüstungsgeschäft wirkt dabei wie eine klinisch saubere Welt.

Das ist sehr typisch. Die horrenden Ausgaben von Steuergeldern für Waffen und Rüstungsgüter werden überall auf der Welt mit der Landesverteidigung gerechtfertigt. Selbst die Invasionen im Irak und in Afghanistan verkauften die USA, Grossbritannien und ihre Verbündeten als Verteidigungsaktionen, die mehr Sicherheit bringen sollten. Genauso argumentieren aktuell auch Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate im Fall des Kriegs im Jemen. Dort sind bisher über 20 000 Zivilisten ums Leben gekommen – und das soll eine Verteidigungsmassnahme sein? Das ist absoluter Nonsens. Das waren und sind allesamt offensive militärische Aktionen. Es sind Attacken, die immer auch die Zivilbevölkerung treffen – unter Missachtung des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte, immer einhergehend mit Kriegsverbrechen und Folter. Was uns die Regierungen als Sicherheits- und Verteidigungsmassnahmen verkaufen, bewirkt das exakte Gegenteil. Und der Waffenhandel fungiert dabei als Motor.

Wie meinen Sie das?

Ich komme nochmals auf das Beispiel Saudi-Arabien zurück. Das Land gilt im Westen ja offiziell als Verbündeter im sogenannten Krieg gegen den Terror. Dabei unterstützt das Regime ideologisch, finanziell und manchmal auch mit Waffen eine radikale und aggressive Form des Islams. Diese Strukturen schaffen letztlich auch Terroristen, die in Europa und anderswo Terroranschläge verüben. So entsteht ein tödlicher Kreislauf, der niemandem mehr Sicherheit bringt. Wir bewaffnen und finanzieren jene Leute, die wir eigentlich bekämpfen sollten, wenn wir eine friedlichere Welt wollen. Das wiederum ist nicht im Interesse jener Kreise, die vom milliarden schweren Rüstungshandel profitieren.

Wer gehört zu diesen Kreisen?

Politiker, Funktionäre, Militärs, Firmenchefs und Aktionäre, Anwaltskanzleien, Finanzinstitute und Lobbyfirmen. Sie alle profitieren vom Rüstungshandel. Es handelt sich um eine global tätige Sicherheitselite. Ihre Gier macht unsere Welt korrupter. Unter den Waffengeschäften, die ich untersucht habe, war kein einziges, das nicht mit Korruption, Schmiergeldzahlungen oder anderen illegalen Tätigkeiten verbunden war.

Wie ist das möglich?

Weil die Waffenindustrie einen Raum ohne jegliche demokratische Kontrolle geschaffen hat, der von Straffreiheit geprägt ist. Der Öffentlichkeit werden alle wichtigen Informationen vorenthalten. Wer genau stellt welche

Waffen her? Wer sind die Abnehmer, wo und wie werden die Waffen eingesetzt? Wer war in den Deal involviert, wie verliefen die Verhandlungen und Zahlungen, und welche Bedingungen sind an den Deal geknüpft? Da herrscht völlige Intransparenz. Die Regierungen verweisen stets auf Gefahren für die nationale Sicherheit, weshalb alles geheim bleiben müsse. Der globale Waffenhandel verschlingt dabei Jahr für Jahr Milliarden an Steuergeldern. Die Konsequenzen sind eine grassierende Korruption und endlose Konflikte. Diese enormen Ressourcen bräuchten wir dringend für die wahren Bedrohungen: die Klimaerwärmung, die globale Pandemie, Armut, Ungleichheit.

Kürzlich hat der Bundesrat entschieden, dass er für über fünf Milliarden Schweizer Franken 36 Stück des US-Kampffjets F-35 kaufen will. Sie sagen, es gebe kein Waffengeschäft ohne Korruption oder Bestechungsgelder. Vermuten Sie das auch in diesem Fall?

Der F-35 ist das Symbol für die Dysfunktionalität des globalen Waffenhandels. Er ist ein Kampffjet, den selbst US-Militärs und -Verteidigungsexperten als unbrauchbar und viel zu teuer bezeichnen. Um das System so teuer wie möglich zu machen, hat der US-Rüstungskonzern Lockheed Martin Umgehungen an Technologie darin verbaut. Die funktionieren bis heute nicht einwandfrei, sie ist fehleranfällig und braucht laufend teure Updates. Trotzdem haben über zwanzig Staaten diesen Jet gekauft – oder sie wollen ihn kaufen. Ein völlig dysfunktionales Flugzeug. Hinzu kommt, dass es keinen realistischen Konflikt gibt, in dem dieser Jet irgendeine Hilfe wäre. Zum Glück wird wohl eine weitere Volksabstimmung über den Kauf stattfinden. Und um auf Ihre Frage zurückzukommen: Ich wäre der am meisten überraschte Mensch der Welt, wenn es in diesem konkreten Fall keine Korruption gab. Die Medien und auch die Politik sollten diesen Deal sehr genau untersuchen.

Andrew Feinstein



Das Buch «Waffenhandel. Das globale Geschäft mit dem Tod» (Originaltitel: «The Shadow World») von Andrew Feinstein (57) gilt als Standardwerk zum Thema. Aktuell arbeitet Feinstein an einem Buch und einem Film über den Jemenkrieg, der Titel steht schon fest: «Making a Killing». Der gebürtige Südafrikaner lebt heute als Rechercheur in London. Er ist Direktor der investigativen Plattform Shadow World Investigations.

Andrew Feinstein wird am Montagabend, 30. August, auf Einladung der WOZ in der Kosmos-Gesprächsreihe «Kosmopolitics» in Zürich teilnehmen und dort gemeinsam mit der grünen Nationalrätin Marionna Schlatter über die Rolle der Schweiz im globalen Waffenhandel diskutieren.

Transparenz vermeiden die Profiteure des Geschäfts mit dem Krieg aber mit allen Mitteln.

Ja, denn Transparenz ist die wohl effektivste Waffe, um den globalen Waffenhandel in seinen heutigen Ausmassen zu bekämpfen. Die politisch gewollte Intransparenz verschleiert das massive Level an Korruption und die völlig unverantwortlich hohen Ausgaben von Steuergeldern wie aktuell in der Schweiz mit dem F-35. Gerade deshalb halte ich den Datensatz der Rüstungsexportureure, den die WOZ nun publiziert, für aussergewöhnlich und wichtig. Meines Wissens gibt es nirgends sonst so eine umfassende Firmenliste mit Exportbewilligungen im Rüstungsbereich. Das sollte Standard in allen Ländern werden. Sie gibt den Leuten eine Möglichkeit, sich zu informieren, und Anhaltspunkte, sich einzusetzen und Widerstand zu organisieren. So bekommt die sonst verborgene Welt des Rüstungshandels eine Struktur und Form.

PROWOZ

Dieser Artikel wurde ermöglicht durch den Recherchefonds des Fördervereins ProWOZ. Der Fonds unterstützt Recherchen und Reportagen, die die finanziellen Möglichkeiten der WOZ übersteigen. Er speist sich aus Spenden der WOZ-LeserInnen.

Förderverein ProWOZ, Postfach, 8031 Zürich, PC 80-22251-0